

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 20

DIENSTAG, DEN 12. MÄRZ

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Befugnis zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg	377	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache	380
Öffentliche Bekanntmachung	378	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache	380
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	379	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache	380
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die Sprache Dari	379	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache	380
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache	379	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die polnische Sprache	380
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache	379	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die persische Sprache	380
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die englische Sprache	379	Öffentliche Zustellung	380
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die polnische Sprache	379	Vollsperrung für den Schiffs- und Bootsverkehr des Gewässers Rathauswettern auf Wilhelmsburg ...	380
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die persische Sprache	379	Widmung einer Wegefläche	381
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die koreanische Sprache	379	Widmung einer Wegefläche	381
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache	380	Widmung einer Wegefläche	381
		Widmung einer Wegefläche	381
		Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen	381
		Festsetzung eines Volksfestes	382
		Aufsichtsschauen privater Hochwasserschutzanlagen	382
		Öffentliche Sielanlagen	382

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Befugnis zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg

Vom 26. Februar 2013

I

Die Anordnung über die Befugnis zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 19. April 2001 (Amtl. Anz. S. 1433) wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt III Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Nummer 3 wird die Zahl „25“ durch die Zahl „35“ ersetzt.
 - 1.2 Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. die Leiterinnen und Leiter der übrigen Behörden, z. B. die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (§ 22 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes),“.
 - 1.3 In Nummer 5 wird die Textstelle „§ 156 Absatz 2 des Strafvollzugsgesetzes“ durch die Textstelle „§ 104 Ab-

satz 2 des Hamburgischen Strafvollzugsgesetzes, § 100 Absatz 2 des Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes und § 90 Absatz 2 des Hamburgischen Untersuchungsvollzugsgesetzes“ ersetzt.

2. In Abschnitt V Nummer 2 Satz 1 und Abschnitt V Nummer 3 werden die Wörter „Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten“ durch das Wort „Bediensteten“ ersetzt.
3. In Abschnitt VI Nummer 1 Satz 1 wird die Textstelle „die Leiterinnen und Leiter der zentralen Rechtsämter und -abteilungen“ durch die Textstelle „die Leiterinnen und Leiter der Organisationseinheiten mit zentraler Zuständigkeit für Rechtsangelegenheiten (z. B. Rechtsämter, -abteilungen oder -referate)“ ersetzt.
4. Abschnitt VIII wird gestrichen, die bisherigen Abschnitte IX und X werden zu den Abschnitten VIII und IX.

II

Diese Anordnung tritt am 1. April 2013 in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 26. Februar 2013.

Amtl. Anz. S. 377

Öffentliche Bekanntmachung

Die Firma NET OHG, Lehfeld 5-7, 21029 Hamburg, hat bei der zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Errichtung und den Betrieb von vier Windkraftanlagen auf dem Grundstück Neuengammer Hausdeich 101 in 21039 Hamburg, Gemarkung Neuengamme, Flurstücke 759, 860, 861, 4710 und 4712, beantragt. Zur Realisierung des Vorhabens werden vier bestehende Windkraftanlagen abgebaut.

Die Windkraftanlagen haben eine Nabenhöhe von 100 m, einen Rotordurchmesser von 100 m (Gesamthöhe 150 m) und eine elektrische Leistung von jeweils 2050 kW. Jede Anlage benötigt zusätzlich eine Transformatorstation.

Es ist vorgesehen, die zwei westlichen Windkraftanlagen im Jahr 2013 zu errichten, die anderen zwei erst im Jahr 2014.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit Nummer 1.6 Spalte 2 des Anhangs zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV). Auf Antrag des Vorhabenträgers soll die Genehmigung nach § 19 Absatz 3 BImSchG nicht in einem vereinfachten Verfahren, sondern im förmlichen Verfahren erteilt werden. Das Vorhaben wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Bekanntmachung erfolgt gemäß § 10 Absätze 3 und 4 BImSchG in Verbindung mit den §§ 8 bis 10 der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (9. BImSchV).

Das Vorhaben unterliegt gemäß Anlage 1 Nummer 1.6.2 dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Es ist eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles vorgesehen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dem Antrag sind die für diese Vorprüfung erforderlichen Unterlagen beigelegt.

Der Genehmigungsantrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz mit den jeweils dazugehörigen Unterlagen einschließlich der Unterlagen für die Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles liegt vom 20. März 2013 bis einschließlich

19. April 2013 an den folgenden Stellen zu den angegebenen Zeiten zur Einsicht aus:

1. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Stadthausbrücke 8, Zimmer A 117, 20355 Hamburg, montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr;
2. Bezirksamt Bergedorf, Kundenservice des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Hamburg, jeweils montags, dienstags, donnerstags und freitags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie donnerstags auch 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Darüber hinaus können die Antragsunterlagen im Internet unter der Adresse <http://www.hamburg.de/anlagengenehmigung> eingesehen werden.

Einwendungen gegen das vorgenannte Vorhaben können vom 20. März 2013 bis zwei Wochen nach Ablauf der angegebenen Auslegungsfrist, also bis zum 3. Mai 2013, schriftlich bei den oben genannten Dienststellen erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Einwendungen können nicht berücksichtigt werden, soweit sie nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, sowie Einwendungen mit fehlenden oder unleserlichen Namen oder Adressangaben werden nicht berücksichtigt.

Die Einwendungen werden der Antragstellerin und den von ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden bekannt gegeben. Auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders werden deren/dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann, findet am 18. Juni 2013 (und erforderlichenfalls an dem darauffolgenden Werktag), jeweils ab 9.00 Uhr in den Räumen des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF), Normannenweg 26, 20537 Hamburg, statt.

Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zum Antrag auf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung werden auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch eine öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Hamburg, den 12. März 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –
Abteilung Betrieblicher Umweltschutz**

Amtl. Anz. S. 378

**Bekanntgabe des Ergebnisses
einer allgemeinen Vorprüfung eines
Einzelfalles zur Feststellung, ob eine
Verpflichtung zur Durchführung einer
Umweltverträglichkeitsprüfung besteht**

Die Airbus Operations GmbH hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Amt für Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen, luftrechtliche Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Vorhaben „Anpassung des Vorfelds 1 (Betriebsteil Neß) an die Ausrüstung der Airbus Single-Aisle-Baureihen mit sog. Sharklets“ beantragt.

Das Vorhaben stellt eine Änderung und Erweiterung eines UVP-pflichtigen Vorhabens nach Nummer 14.12 der Anlage 1 des Gesetzes des Bundes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert am 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95), dar. Nach der insoweit erforderlichen allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 e Absatz 1 in Verbindung mit § 3 c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung abgesehen. Das Vorhaben wird nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

Hamburg, den 5. März 2013

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als luftrechtliche Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zum allgemein vereidigten Dolmetscher
und Übersetzer für die Sprache Dari**

Herr Ajmal Amin, geboren am 4. Oktober 1979 in Kabul, Afghanistan, wohnhaft Lauenburger Straße 17, 22049 Hamburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die Sprache Dari bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zur allgemein vereidigten Dolmetscherin
und Übersetzerin für die englische Sprache**

Frau Irene Wagner, geboren am 9. Mai 1965 in Hamburg, wohnhaft Bei der Apostelkirche 34, 20257 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zur allgemein vereidigten Dolmetscherin
und Übersetzerin für die russische Sprache**

Frau Wiebke Främcke, geboren am 29. November 1967 in Hamburg, wohnhaft Chrysanderstraße 33, 21029 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zum allgemein vereidigten Dolmetscher
und Übersetzer für die englische Sprache**

Herr Kai-Oliver Geisler, geboren am 4. Mai 1974 in Lüdenscheid, wohnhaft Goethestraße 5, 21335 Lüneburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die englische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zur allgemein vereidigten Dolmetscherin
und Übersetzerin für die polnische Sprache**

Frau Agnieszka Kopka, geboren am 18. Januar 1972 in ywiec, Polen, wohnhaft Woermannsweg 17, 22335 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die polnische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zum allgemein vereidigten Dolmetscher
und Übersetzer für die persische Sprache**

Herr Farhang Mirzaee, geboren am 25. Januar 1953 in Zanjan, Iran, wohnhaft Münstermannsweg 4, 22309 Hamburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die persische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

**Öffentliche Bestellung
zur allgemein vereidigten Dolmetscherin
und Übersetzerin für die
koreanische Sprache**

Frau Myong-Sook Park, geboren am 10. Januar 1971 in Seoul, Südkorea, wohnhaft Sodenkamp 13 g, 22337 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die koreanische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 379

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache

Frau Marianna Zhevakina, geboren am 31. Juli 1976 in Moskau, Russland, wohnhaft Schöneberger Straße 57 e, 22149 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache

Frau Denise Gülisan Bohmann, geboren am 10. Januar 1967 in Kayseri, Türkei, wohnhaft Gryphiusstraße 2, 22299 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache

Frau Sonja Kasan, geboren am 26. Dezember 1980 in Hanau, wohnhaft Meuronstieg 1 b, 22303 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache

Frau Radka Lišková, geboren am 9. November 1985 in Šternberk, Tschechien, wohnhaft Niendorfer Weg 1 a, 23769 Fehmarn, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache

Frau Jekaterina Rummega, geboren am 2. Juli 1980 in Riga, Lettland, wohnhaft Forbacher Straße 6, 22049 Ham-

burg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die russische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die polnische Sprache

Frau Ewa Kazimiera Siefke, geboren am 12. Juli 1976 in Aleksandrów Kujawski, Polen, wohnhaft Zikadenweg 28 c, 22043 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die polnische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die persische Sprache

Frau Parisa Strey, geboren am 18. April 1965 in Teheran, Iran, wohnhaft Erwin-Salomon-Straße 96, 25451 Quickborn, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die persische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 380

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt von Rashimi Sharma, geboren am 13. Januar 1978, zuletzt wohnhaft Döhnerstraße 15, 20537 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 25. März 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 212, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 8. April 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 25. Februar 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 380

Vollsperrung für den Schiffs- und Bootsverkehr des Gewässers Rathauswettern auf Wilhelmsburg

Zur Durchführung einer Veranstaltung zur Eröffnung der IBA wird die Rathauswettern ab der Straßenbrücke Rotenhäuser Straße einschließlich dem See am Bürgerhaus am Sonnabend, den 23. März 2013, für die Zeit von 16.00 Uhr

bis 19.00 Uhr für jeglichen Schiffs- und Bootsverkehr gesperrt.

Für Rückfragen steht zur Verfügung: Klaus Fleischhauer, Telefon: 040/4 28 54 - 30 20.

Hamburg, den 5. März 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte
 – Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt –
 Fachamt Management des öffentlichen Raumes
 – Wasserbehörde – Amtl. Anz. S. 380

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Volksdorf, Ortsteil 525, belegene ehemalige Sieltrasse Frankring (Flurstück 7320 teilweise), hinter den Häusern Nummern 39 bis 57 des Volksdorfer Damms verlaufend, mit sofortiger Wirkung wie folgt gewidmet:

Gegenüberliegend Hausnummer 3 des Frankrings zunächst auf etwa 67 m für den Fußgängerverkehr und den Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts, dann auf einer Länge von etwa 50 m für den Fußgängerverkehr und die restlichen etwa 72 m wieder für den Fußgängerverkehr und den Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts.

Hamburg, den 14. Februar 2013

Das Bezirksamt Wandsbek
 Amtl. Anz. S. 381

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Duvenstedt, Ortsteil 522, belegene Wegefläche Bökenberg (Flurstücke 629 und 3398), vom Kakenhaner Weg bis zur Poppenbütteler Chaussee verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr bis 2,5 t zulässigen Gesamtgewichts und dem uneingeschränkten Anliegerverkehr gewidmet.

Hamburg, den 4. Februar 2013

Das Bezirksamt Wandsbek
 Amtl. Anz. S. 381

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegene Wegefläche Berner Chaussee (Flurstück 10342 teilweise), von Hausnummer 160 bis zum Fahrenkrön verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Verbreiterungsfläche (Flurstück 10108), vor Hausnummer 16 verlaufend, wird nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Das Bezirksamt Wandsbek
 Amtl. Anz. S. 381

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Altrahlstedt, Ortsteil 526, belegene Wegefläche Wiebkestieg (Flurstück 2909), vom Ellerneck abzweigend und in einer Kehre endend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 18. Februar 2013

Das Bezirksamt Wandsbek
 Amtl. Anz. S. 381

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Lemsahl-Mellingstedt, Ortsteil 521, belegene Wegefläche Im Kohlhof (Flurstück 1450 teilweise), von der Lemsahler Dorfstraße abzweigend und bis zum Spechtort verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Wegefläche vor den Häusern Nummern 1 bis 9 wird mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr bis 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts und dem uneingeschränkten Anliegerverkehr gewidmet.

Hamburg, den 19. Februar 2013

Das Bezirksamt Wandsbek
 Amtl. Anz. S. 381

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Wellingsbüttel, Ortsteil 517, belegenen Wegeflächen Borstels Ende (Flurstück 3324 teilweise), vor den Häusern Nummern 20, 24 bis 30 und gegenüber Hausnummer 37 sowie hinter den Grundstücken Sodentwiete Hausnummern 6 und 8 verlaufend, für den öffentlichen Verkehr entbehrlich und mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem anliegenden Lageplan, der Bestandteil der Entwidmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 27. Februar 2013

Das Bezirksamt Wandsbek
 Amtl. Anz. S. 381

Festsetzung eines Volksfestes

Nach § 69 Absatz 1 der Gewerbeordnung (GewO) in der Fassung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I Nr. 9 S. 202) mit den aktuellen Änderungen wird hiermit ein **Volksfest** im Sinne des § 60 b GewO festgesetzt:

Ort der Veranstaltung:

Sachsenteor, Hude, Teil Hinterm Graben, Bergedorfer Markt, Teil Vierlandenstraße, Teil Bergedorfer Schloßstraße, Schloßwiese mit Zuwegung, Johann-Adolf-Hasse-Platz, Teil Alte Holstenstraße, Serrahnstraße, Teil Weidenbaumsweg, Bahnhofsvorplatz, Teil Ernst-Mantius-Straße, Teil Reetwerder, Marktfläche Johann-Meyer-Straße, Herzog-Carl-Friedrich-Platz, Teil Ludwig-Rosenberg-Ring.

Dauer der Veranstaltung:

Mittwoch, 21. August 2013, 19.00 Uhr, bis Montag, 26. August 2013, 12.00 Uhr (einschließlich Auf- und Abbauzeiten).

Marktzeiten:

Freitag, 23. August 2013 von 16.00 Uhr bis 24.00 Uhr,
Sonnabend, 24. August 2013 von 11.00 Uhr bis 00.30 Uhr,
Sonntag, 25. August 2013 von 12.00 Uhr bis 21.00 Uhr.

Hamburg, den 19. Februar 2013

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 382

Aufsichtsschauen privater Hochwasserschutzanlagen

Schauen privater Hochwasserschutzanlagen durch die Wasserbehörde nach § 60 Absatz 1 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97) in der jeweils gültigen Fassung finden an folgenden Tagen statt:

Datum	Polder	Uhrzeit
03.04.2013	Nummer 4 Seehäfen Harburg	9.00 Uhr
10.04.2013	Nummer 13 Shell Oil GmbH Hohe Schaar	9.00 Uhr
17.04.2013	Nummer 10 Shell Oil GmbH Harburg	9.00 Uhr
24.04.2013	Nummer 72 Oelmühle Hamburg ADM Hamburg	9.00 Uhr

Der Treffpunkt für den Beginn der jeweiligen örtlichen Schau kann bei der Wasserbehörde, Telefon: 040 / 4 28 47 - 24 10, erfragt werden.

Die zur Unterhaltung Verpflichteten haben gemäß § 66 Absatz 3 HWaG dafür zu sorgen, dass die Schauwege an den privaten HWS-Anlagen frei sind.

Hamburg, den 28. Februar 2013

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 382

Öffentliche Sielanlagen

Veröffentlichung I/13

Folgende Siele sind betriebsfertig hergestellt worden:

Bezirk Hamburg-Mitte:

Schmutzwassersiel im Schlöperstieg von 135 m südlich der Einmündung in den Weg Kurdamm etwa 94 m nach Süden.

Bezirk Hamburg-Nord:

Mischwassersiel im Weg Kiefernhein von der Alsterdorfer Straße etwa 110 m nach Südosten,

Schmutzwassersiel im Weg Alter Güterbahnhof von dem Weg Alte Wöhr etwa 230 m nach Süden, von dem etwa 150 m südlich des Weges Alte Wöhr abzweigenden Stichweg etwa 65 m nach Westen und von der Hellbrookstraße etwa 340 m nach Norden,

Regenwassersiel im Weg Alter Güterbahnhof von etwa 40 m südlich des Weges Alte Wöhr bis zu dem etwa 150 m südlich des Weges Alte Wöhr abzweigenden Stichweg, von etwa 15 m südlich dieses Stichweges weitere 50 m nach Süden und von dort etwa 55 m nach Osten und etwa 80 m nach Westen in die dort jeweils abzweigenden Stichwege,

Regenwassersiel im Weg Alter Güterbahnhof von etwa 20 m nördlich der Hellbrookstraße etwa 370 m nach Norden und von dem etwa 335 m nördlich der Hellbrookstraße abzweigenden Stichweg etwa 65 m nach Westen.

Bezirk Wandsbek:

Regenwassersiel im Weg Lohstücken von etwa 115 m südlich der Einmündung Grützmühlenweg etwa 10 m nach Süden und von dort aus Schmutz- und Regenwassersiel bis zum Ende des Weges.

Bezirk Harburg:

Regenwassersiel in dem Weg Kanalplatz von etwa 55 m südöstlich der Harburger Schloßstraße etwa 65 m nach Nordosten bis zum Auslass in den Lotsekanal.

Gemäß § 6 des Hamburgischen Abwassergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 258, 280), zuletzt geändert am 19. April 2011 (HmbGVBl. S. 123), besteht für die an besielte Wege und Flächen grenzenden Grundstücke Anschlusspflicht.

Aufhebung I/13

Gemäß § 4 Absatz 4 des Hamburgischen Abwassergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 258, 280), zuletzt geändert am 19. April 2011 (HmbGVBl. S. 123), werden folgende Sielanlagen aufgehoben:

Bezirk Altona, Ortsteil Othmarschen:

Mischwassersiel in dem Weg Holztwiete von dem Weg Hochrad etwa 65 m nach Süden.

Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Wilhelmsburg:

Regenwassersiel in der Dratelnstraße von 80 m nördlich der Einmündung in die Neuenfelder Straße etwa 42 m nach Süden.

Die Aufhebungsverfügung sowie die Begründung und der Lageplan können in der Zeit vom 12. März 2013 bis 12. April 2013 in der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, Zimmer E.1002, 20539 Hamburg, während der Dienststunden eingesehen werden.

Die Aufhebungsverfügung gilt mit Ende der Auslegefrist als allen gegenüber bekannt gemacht.

Gegen diese Aufhebungsverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Hamburger Stadtentwässerung, Abgabenteilung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Widerspruch erhoben werden.

Hamburg, den 12. März 2013

Hamburger Stadtentwässerung

Amtl. Anz. S. 382

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 13 A 0060

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 13 A 0060
Dachdecker- und Dachklempnerarbeiten
4112 K 1050 Teilsanierung Gebäude 5
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
**FüAK General Graf von Baudissin-Kaserne,
Blomkamp 61, 22549 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Zweigeschossige Backsteingebäude + KG + Spitzboden
Art und Umfang der Leistung:
Erneuerung der Pfannen-Dacheindeckung inkl. Verkleidung der Gauben in Zink. Zwei baugleiche Gebäude, die zeitlich parallel bearbeitet werden. Größe der Dachfläche jeweils ca. 1600 m² sowie 30 Stück Gauben pro Gebäude.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 21. Mai 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 29. November 2013
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 21. März 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 2. April 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 15,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck: Vergabe: 13 A 0060

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
26. April 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 27. Mai 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent
für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt
erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**

Technische Fragen: Frau Schnur

Telefon: 040 / 4 28 42 - 381

Hamburg, den 5. März 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

229

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0080

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **13 A 0080**

Zimmer- und Holzbauarbeiten

4112 K 1050 Teilsanierung Gebäude 5

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur
Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

e) Ort der Ausführung:

**FüAK General Graf von Baudissin-Kaserne,
Blomkamp 61, 22549 Hamburg**

f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der
baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
eingeschossige Backsteingebäude+ KG+ Spitzboden
Art und Umfang der Leistung:

Abbruch des Bestandsdaches und Erneuerung des Dach-
aufbaus inkl. Unterkonstruktion der Verkleidung der
Gauben mit Zink. Zwei baugleiche Gebäude, die zeitlich
parallel bearbeitet werden. Größe der Dachfläche jeweils
ca. 1600 m² sowie 30 Stück Gauben pro Gebäude.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 21. Mai 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 12. August 2013

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 21. März 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 2. April 2013

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in
Papierform:

Höhe des Entgeltes: 15,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht ange-
nommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck: Vergabe: 13 A 0080

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so
ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine
Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden,
wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck ange-
geben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunter-
lagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der voll-
ständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe
Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegan-
gen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabe-
stelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

25. April 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Ver-
treter

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis
der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins
für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präquali-
fikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunterneh-
men ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehe-
nen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Vor-
aussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nach-
weis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte
Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzule-
gen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigen-
erklärungen auch für die vorgesehenen Nachunterneh-
men abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind
präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der
Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste
des Vereins für die Präqualifikation von Bauunterneh-
men (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigen-
erklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch
Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“
genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu
bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist
erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 27. Mai 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Frau Schnur
Telefon: 040/4 28 42 - 381

Hamburg, den 5. März 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

230

Öffentlicher Teilnahmewettbewerb

- a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Natur- und Ressourcenschutz
Abteilung Nachhaltigkeit (NR1)
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 40 - 21 40, Telefax: 040/4 28 40 - 21 37
- b) Öffentlicher Teilnahmewettbewerb
Vergabenummer: **ÖT-NR1-010/13**
- c) Grundlegende Überarbeitung des Leitfadens zur umweltverträglichen Beschaffung von Lieferungen und Leistungen nach der VOL.
Hamburg will Umweltkriterien stärker in den Beschaffungsprozess integrieren. Vor diesem Hintergrund schreibt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die grundlegende Überarbeitung des „Leitfadens für umweltverträgliche Beschaffung von Lieferungen und Leistungen nach der VOL“ aus. Den bisherigen Leitfaden finden Sie unter: www.hamburg.de/contentblob/23726/data/leitfaden-zurumweltfreundlichen-beschaffung-von-lieferungen-undleistungen.pdf
Der neu zu erstellende Leitfaden für umweltverträgliche Beschaffung wird mit dem bestehenden Vergabehandbuch (VOL/VOF) verknüpft. Der Auftragsgegenstand umfasst deswegen ausschließlich die Erarbeitung von Fachinhalten zu den folgenden Themen:
- Produktspezifische Informationen: signifikanteste Umweltauswirkungen sowie die wichtigsten Umweltkriterien für verschiedene Produktgruppen.
 - Schwerpunktthemen:
 - Berücksichtigung aller anfallenden Kosten: Lebenszykluskostenanalyse
 - Beitrag zur Energiewende: Energieeffizienz & Erneuerbare Energien
 - Ressourcenarme Wirtschaft: Rohstoffeffizienz & Kreislaufwirtschaft
 - Förderung zukunftsweisender Umwelttechnologien bei verschiedenen Produktgruppen
 - Recherche und Dokumentation bestehender Dokumente, Leitfäden und Internetseiten zur umweltverträglichen Beschaffung sowie mögliche Ansprechpartner für weiterführende Informationen.

Die Ausschreibung beinhaltet ebenfalls die regelmäßige Fortschreibung und Aktualisierung des Leitfadens in den nächsten fünf Jahren.

Ferner sind Empfehlungen für eine Kommunikations- und Schulungsstrategie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Beschaffung der FHH Bestandteil der Ausschreibung.

Angesprochen werden insbesondere Unternehmen und Institutionen, die über einschlägige Erfahrungen bei der Integration von ökologischen Kriterien in Beschaffungsprozesse der öffentlichen Hand verfügen. Außerdem sollten Erfahrungen bei der Erstellung von Lebenszyklusberechnungen für verschiedene Produktgruppen vorhanden sein.

- d) Ausführungsfrist: 3. Quartal 2013
- e) Einsendetermin für Teilnahmeanträge:
26. März 2013, 9.30 Uhr
- f) Teilnahmeanträge sind unter Angabe der Vergabenummer **ÖT-NR1-010/13** zu richten an:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Zentrale Vergabeaufsicht – Eröffnungsstelle –
Zimmer E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg.
- g) Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden spätestens im Mai 2013 abgesandt.

Mit den Teilnahmeanträgen sind folgende Eignungsnachweise einzureichen:

1. Fachliche Eignung (Auswahlkriterien):

1.1 Personelle Ausstattung

- Anzahl der fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Qualifikation und Erfahrungen für die Überarbeitung des Leitfadens zur umweltverträglichen Beschaffung im Mittel der letzten drei Jahre
- Detaillierte Angabe der Qualifikationen (Referenzen zu den unter 1.2.a. genannten Inhalten) der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Leitfaden erstellen würden

1.2 In den letzten drei Jahren erbrachte nach Art, Umfang und Schwierigkeitsgrad vergleichbare Leistungen:

- a. Referenzen zu bisherigen Tätigkeiten: Beratung öffentlichen Stellen zur umweltverträglichen Beschaffung inkl.:
- Auftraggeber
 - detaillierte Aufstellung der jeweils erbrachten Leistungen
 - Angaben über den Zeitraum der Leistungserbringung
- b. Anzahl und Umfang bisher erstellter Lebenszykluskostenbetrachtungen:
- Nennung der Bereiche (z.B. Herstellung, Nutzungsphase, Entsorgung)
 - Nennung der bearbeiteten Produkte/Produktgruppen
 - Nennung der angewandten ökologischen Kriterien (Wasser, Luft, etc.)

1.3 Referenzen zu Empfehlungen und Konzepten sowie Durchführungen von Schulungen öffentlicher Stellen zur umweltverträglichen Beschaffung

2. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Auswahlkriterien):
 - 2.1 Angaben zum Unternehmen: Unternehmensgröße, Gesellschaftsform, Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bestehende Geschäftsfelder
 - 2.2 Gesamtumsatz der letzten drei Jahre
 - 2.3 Umsatz der in den letzten drei Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen
3. Weitere Nachweise zur Eignung:
 - 3.1 Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
 - 3.2 Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
 - 3.3 Gewerbezentralregisterauszug
 - 3.4 Nachweis des Bestehens einer Haftpflichtversicherung mit einem Versicherungsschutz i. H. v. 1.500.000,- Euro für Personenschäden und 500.000,- Euro für sonstige Schäden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
 - 3.5 Formlose Erklärung des Bewerbers, dass kein Ausschluss durch die Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb gemäß § 6 Absatz 5 lit. c) VOL/A besteht und dass keine Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss des Unternehmens vom Wettbewerb rechtfertigen könnten.
 Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.
 Es ist beabsichtigt, aus dem Bewerberkreis höchstens 5 geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Hamburg, den 4. März 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 231

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40, Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
 des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
 Modernisierung und Erweiterung der Grundschule am Standort Ratsmühlendamm 39, Hamburg – Objektplanung gemäß § 33 HOAI.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grund-

stückerfläche beträgt etwa 9,1 Mio.m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 2,2 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, die Grundschule am Standort Ratsmühlendamm³⁹ zu modernisieren und zu erweitern. Für die Gesamtmaßnahme ist gemäß Auftragsbeschreibung ein Investitionsvolumen von ca. 5,27 Mio. Euro inkl. USt. geschätzt. Ein auf dem Gelände befindliches eingeschossiges Gebäude soll abgerissen und die Flächen in einem Neubau ersetzt werden. Die Erweiterung und der Ersatzneubau umfassen folgende Nutzungsbereiche:

- Gymnastikhalle (ca. 358 m² NF1-6)
- 5 Unterrichtsräume (ca. 500 m² NF1-6)
- Gemeinschaftsflächen (ca. 459 m² NF1-6)
- Lehrerbedarfsflächen (ca. 199 m² NF1-6)
- Ganztagsbereich (ca. 400 m² NF1-6)

Die Lehrerbedarfsflächen können ggfs. im Bestand realisiert werden. Desweiteren umfasst die Baumaßnahme die Modernisierung von ca. 573 m² NF1-6.

Eine Variantenuntersuchung zur Realisierung liegt vor und wird den ausgewählten Bietern zur Angebotserstellung zur Verfügung gestellt. Die Verfasser der Variantenuntersuchung sind grundsätzlich nicht vom Teilnahmewettbewerb ausgeschlossen. Das auf dem Gelände befindliche Hauptschulgebäude und die angrenzende Turnhalle stehen unter Denkmalschutz. Denkmalschutzgebäude sind von der Baumaßnahme nicht betroffen, müssen jedoch in der Gesamtkonzeption berücksichtigt werden. Die Fertigstellung der Maßnahme ist für Ende 2015 vorgesehen. Die Baumaßnahme erfolgt bei laufendem Schulbetrieb.

Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 2 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung;
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: -

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 270.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 30 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.).

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: -

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen

von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommt. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung zweier vergleichbarer Referenzprojekte mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern

und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommen. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

- A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden).
- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gemäß § 33 HOAI in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (je Jahr; 2009, 2010; 2011). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 300.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind zudem die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommen. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

- A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen

Personen, hier: Architekt/in für die Leistungen gemäß § 33 HOAI Objektplanung.

B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei vergleichbare Projekte. Beide Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gemäß HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gemäß DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gemäß DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und gegebenenfalls beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern, mit Neubau sowie mit Bauvorhaben für das Bildungswesen nachzuweisen.

C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind im Bereich Objektplanung gemäß § 33 HOAI mindestens 3 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherrn (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	10 %
2. Qualität	20 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Ästhetik	20 %
5. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 005/2013

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28. März 2013, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
4. April 2013, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 24. April 2013
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
1. März 2013
Hamburg, den 1. März 2013

Die Finanzbehörde

232

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 17. Kalenderwoche 2013; Einreichung der Honorarangebote in der 19. Kalenderwoche 2013; Verhandlungsgespräche in der 21. Kalenderwoche 2013.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Öffentliche Ausschreibung**
- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Telefon: 040/4 28 01 - 27 87, Telefax: 040/4 28 01 - 19 97
E-Mail: marlies.thiele@eimsbuettel.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Straßenbauarbeiten
- e) Hamburg, Stadtteil Eimsbüttel, Müggenkampstraße
- f) Vergabenummer: **005-013**
4500 m² Erneuerung der Asphaltdeckschicht
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn: Juni 2013, Ende: Juni 2013
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme ab 18. März 2013, 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr, außer Freitags. Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: Kasse Hamburg
Kontonummer: 20001583, BLZ: 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: Referenz 4090830000089
Schlüssel Nr. 1001217 Deb. 2100102220
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) schicken
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 2. April 2013, 10.50 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Eröffnungsstelle, Raum 1038
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 2. April 2013 um 10.50 Uhr. Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
r) keine
s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
v) Die Zuschlagsfrist endet am 1. Mai 2013.
w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Dezernentin

Hamburg, den 4. März 2013

Das Bezirksamt Eimsbüttel

233

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Telefon: 040/4 28 01 - 27 87, Telefax: 040/4 28 01 - 1997
E-Mail: marlies.thiele@eimsbuettel.hamburg.de
b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
c) Entfällt
d) Ausführung von Straßenbauarbeiten
e) Hamburg, Stadtteil Eidelstedt, Lohkampstraße
f) Vergabenummer: **006-13**
1100 m² Asphaltdeck- und Binderschicht einbauen
300 m Hochbordkante setzen
750 m² Betonplatten und Betonpflaster verlegen
g) Entfällt
h) Nein
i) Beginn: 25. März 2013, Ende: –
j) Entfällt
k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme ab 18. März 2013, 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr, außer Freitags. Anschrift siehe Buchstabe a).
l) Höhe des Kostenbeitrages: 17,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: Kasse Hamburg
Kontonummer: 20001583, BLZ: 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: Referenz 4090830000089
Schlüssel Nr. 1001217 Deb. 2100102220
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) schicken

m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 2. April 2013, 10.30 Uhr, eingereicht werden.
o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Eröffnungsstelle, Raum 1038
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg
p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen #
q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 2. April 2013 um 10.30 Uhr. Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
r) keine
s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
v) Die Zuschlagsfrist endet am 1. Mai 2013.
w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Dezernentin

Hamburg, den 4. März 2013

Das Bezirksamt Eimsbüttel

234

Öffentliche Ausschreibung der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Referat Schulbudgets und Beschaffungen, Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg, schreibt das Projekt **Beförderung von Schülerinnen und Schülern zum Schwimmunterricht** unter der Projektnummer 2013000030 öffentlich aus.

Vergabeart: Offenes Verfahren (EU)

Abforderungsfrist für Vergabeunterlagen: 15. April 2013

Ende der Angebotsfrist: 16. April 2013, 10.30 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. Juli 2013

Ausführungsfrist: 1. August 2013 bis 31. Juli 2017

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr bei Frau Yvonne Vandre, Behörde für Schule und Berufsbildung, Referat Schulbudgets und Beschaffungen – V 242-1 –, Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg, eingesehen, abgeholt oder per E-Mail unter yvonne.vandre@bsb.hamburg.de. bzw. unter Einsendung eines Freiumschlages (Gr. C4) per Post abgefordert werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 5. März 2013

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

235

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz (1) VOB/A

Ausschreibungsnummer: **XC 001-13**

- a) **Auftraggeber:**
European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH
Hausanschrift: Albert-Einstein-Ring 19, 22761 Hamburg
Briefpost: Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 56 45, Telefax: 040/89 98 - 40 09
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A
(§ 3 Absatz (1))
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Angebote können nur schriftlich abgegeben werden.
- d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag
- e) **Ort der Ausführung:** Am Osdorfer Born, 22549 Hamburg
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Ca. 17.000 m² Wald- und Gehölzpflanzungen sowie 240 m Knick herstellen.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** Entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Werktagen nach Aufforderung. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) in der 22. Kalenderwoche 2013, spätestens am letzten Werktag dieser Kalenderwoche.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen:**
Unter Angabe der Ausschreibungsnummer **XC 001-13:**
European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH
Einkauf Hochbau, Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 56 45, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: hochbauexfel.eu
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:** entfällt
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Mittwoch, den 3. April 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung „**XC001-13, Angebotstermin: 3. April 2013, Uhrzeit 10:00 Uhr**“ per Post/Boten zu richten an:
European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH
Briefpost: Notkestraße 85, 22607 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Mittwoch, 3. April 2013 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg. Bieter oder ihre Bevollmächtigte können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:**
Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- s) **Zahlungsbedingungen:**
Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
- Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
 - Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen und Referenzen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.
- v) **Zuschlagsfrist:** 3. Mai 2013
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH,
kaufmännisches Mitglied der Geschäftsführung

Hamburg, den 5. März 2013

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH

236